

Erschienen in:

Blätter für deutsche und internationale Politik, 45. Jg., Heft 10 (Oktober 2000), S. 1240-1248.

Eine Stiftung für die Friedensforschung

Von Gunther Hellmann*

I

Kurz nach ihrem Wahlsieg im Herbst 1998 verständigten sich die neuen Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen darauf, die Friedens- und Konfliktforschung verstärkt zu fördern. Die Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 formulierte im Kapitel Außenpolitik die Absicht der designierten Bundesregierung, sich "für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung" einzusetzen, wozu unter anderem die "finanzielle Förderung der Friedens- und Konfliktforschung" gehören sollte.¹

Seit Januar 2000 ist es nun beschlossene Sache, aus Mitteln des Bundes eine Stiftung bürgerlichen Rechts mit dem Namen "Deutsche Stiftung Friedensforschung" zu gründen und "mit einem Stiftungsvermögen von 50 Mio. DM" auszustatten. Der Zweck der Stiftung besteht nach dem Willen des Bundestages darin, daß sie "die Friedensforschung insbesondere in Deutschland dauerhaft stärkt und zur politischen und finanziellen Unabhängigkeit der Friedensforschung beiträgt".² Zur Verwirklichung dieser Aufgabe werden fünf "Maßnahmen" genannt: "die Förderung wissenschaftlicher Vorhaben; Initiierung wissenschaftlicher Vorhaben, einschließlich der Vergabe wissenschaftlicher Studien und Expertisen; die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses; die Förderung herausragender wissenschaftlicher Leistungen; die Durchführung nationaler und internationaler wissenschaftlicher Konferenzen". Darüber hinaus soll die Stiftung "Anregungen und

* Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wider. Kolleginnen und Kollegen der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) haben Anregungen zu einer früheren Fassung gegeben, aber weder sie als Individuen noch die HSFK als Institution sind für den Inhalt dieses Beitrages verantwortlich. Für Anregungen und Unterstützung danke ich ferner Chaya Arora, Annerose Buchs, Christian Büger, Rainer Baumann, Ernst-Otto Czempel, Matthias Dembinski, Markus Euskirchen, Benjamin Herborth, Gert Krell, Hanns Maull, Harald Müller, Yvonne Perner, Volker Rittberger, Bruno Schoch, Hans-Joachim Spanger, Martin Thunert, Wolfgang Wagner, Christoph Weller, Klaus Dieter Wolf sowie weiteren Gesprächspartnern, die gegenwärtig am Entscheidungsprozess zur Einrichtung der "Deutschen Stiftung Friedensforschung" beteiligt sind, hier aber nicht namentlich genannt werden wollen. Für ihre Bereitschaft zur Beantwortung eines längeren Fragekatalogs danke ich ferner Ulrich Albrecht, Erhard Forndran, Hanns Maull, Harald Müller und Heinrich Vogel. Eine identische Fassung des Beitrags, allerdings mit erweitertem Anmerkungsapparat, findet sich unter <http://www.rz.uni-frankfurt.de/fb03/prof/hellmann/>.

¹ "Aufbruch und Erneuerung - Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert", Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998, Kapitel XI, Abschnitt 5.

² Vgl. "Gründung einer Stiftung zur Friedens- und Konfliktforschung" (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen) Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/2519, 18.1.2000, S. 2.

Anstöße" für "die multidisziplinäre und internationale wissenschaftliche Kooperation sowie für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis" geben, selbst aber "keine wissenschaftlichen Untersuchungen durchführen". Der Stiftung wird schließlich "auferlegt", "die wesentlichen Arbeitsergebnisse (...) der Allgemeinheit zugänglich" zu machen und "für einen effizienten Transfer der Forschungsergebnisse zu den politischen Entscheidungsträgern" zu sorgen. Schließlich fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, für die Stiftung einen Vorstand sowie einen Stiftungsrat vorzusehen. Letzterem sollen "Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung und renommierte Friedensforscher angehören." ³

Für die Befürworter der Stiftungsidee liegen die Vorteile einer solchen Einrichtung auf der Hand: Angesichts einer Reihe von "sicherheitspolitischen Herausforderungen neuer Qualität" sowie der "Komplexität der heutigen Konflikte" sei für deren Bewältigung "oft auch externer, unabhängiger wissenschaftlicher Sachverstand" nötig.⁴ Die Entscheidung der alten Regierung aus CDU/CSU und FDP, die Sonderförderung der Friedensforschung Ende 1994 durch ein Sonderprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft auslaufen zu lassen, haben in den zurückliegenden Jahren zu einem drastischen Rückgang der für diesen Bereich zur Verfügung stehenden Mittel geführt. Trotz des einstimmigen Votums einer Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft⁵ sowie verschiedener Vorschläge zur Neukonstituierung der Friedensforschung⁶ sah sich die vormalige Regierung außerstande, die gewünschten Mittel bereitzustellen oder über neue institutionelle Arrangements nachzudenken. In "kaum einem anderen Forschungsbereich", so kritisierte die heutige Forschungsministerin Edelgard Bulmahn bereits 1992, sei der "Rotstift so konsequent eingesetzt (worden) wie bei der Friedensforschung".⁷

³ Alle Zitate ebd.

⁴ "Förderung der Friedens- und Konfliktforschung", (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen), Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/1963, 3.11.1999.

⁵ Vgl. die entsprechende Stellungnahme, zit. nach "Stand und Perspektiven der Friedensforschung", Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom 16. April 1992, Drs. 12/2446, S. 9-10.

⁶ Vgl. Volker Rittberger, Exposé betr. Gründung einer Deutschen Stiftung für Internationalen Frieden, in: "AFK-Rundbrief", 2/1994, S.14-15. Dieser Vorschlag wurde im September 1994 mit der Bitte um Unterstützung an verschiedene Politikerinnen und Politiker geschickt, darunter Helmut Kohl, Klaus Kinkel, Rudolf Scharping und Vera Wollenberger. Dieses Exposé bildete auch die Grundlage eines Beitrages, der bereits Mitte der 1990er Jahre erstellt worden war, aber erst nach dem Regierungswechsel 1998 veröffentlicht wurde, Volker Rittberger, Harald Müller, Ernst-Otto Czempel, Deutsche Stiftung für den internationalen Frieden. Zur Neuordnung der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: AFK-Rundbrief Dezember 1998, S. 10-15.

⁷ Edelgard Bulmahn, Die Gesellschaft wird ihrer Zukunft beraubt: Die Bundesregierung dreht der Friedens- und Konfliktforschung endgültig den Geldhahn zu, in: Frankfurter Rundschau, 2. September 1992. Im Vergleich zu den geplanten 50 Millionen DM der rot-grünen Bundesregierung waren die Ausgaben der früheren Bundesregierung selbst nach ihren eigenen Berechnungen deutlich geringer. Sollte die Stiftung wie geplant noch in diesem Jahr eingerichtet werden, würde ihr das Doppelte dessen an Fördermitteln zur Verfügung stehen, was die diversen Regierungen unter Helmut Kohl in den gesamten ersten zehn Jahren nach dem Regierungswechsel 1982 für die Friedens- und Konfliktforschung aufbrachten. Vgl. hierzu die Angaben der damaligen Bundesregierung in "Stand und Perspektiven der Friedensforschung", Drs. 12/2446, a.a.O., S. 5. Diesen Angaben zufolge bewegten sich die jährlichen Ausgaben aus Mitteln des Bundes in den Jahren 1983 bis 1992 zwischen 1,176 Mio. (1985) und 3,299 Mio (1991).

Dem wollte die neue Regierung abhelfen. Wichtig war dabei aus ihrer Sicht vor allem, einen "Dualismus" zwischen einer sogenannten "Ressortforschung, die in den Zuständigkeitsbereichen etwa des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums arbeitet", auf der einen und einer "breiter angelegten, in der universitären und außeruniversitären Forschungslandschaft angesiedelten Friedensforschung" auf der anderen Seite zu fördern.⁸ Damit wäre sichergestellt, daß durch die Konkurrenz zwischen Ressortforschungseinrichtungen (Catenhusen rechnet darunter etwa die "Stiftung Wissenschaft und Politik") und Friedensforschungseinrichtungen ein fruchtbarer "Wettbewerb" entstünde. Hinzu käme, daß durch eine gezielte Projektförderung, "die im Wettbewerb vergeben werden soll, (...) das Wettbewerbselement" auch innerhalb des Bereichs der Friedens- und Konfliktforschung Einzug hielte und diese Einrichtungen damit proportional nicht mehr so stark institutioneller Rückendeckung bedürften. Mit der Konstruktion einer selbständigen und unabhängigen Stiftung, in deren Gremien politische Repräsentanten wie Wissenschaftler vertreten wären, ließen sich gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: neben der Sicherstellung eines hohen Maßes an politischer Unabhängigkeit wäre zugleich gewährleistet, daß "die Forschungsfragestellungen in enger Interaktion mit der Politik festgelegt" würden.⁹

Die Oppositionsparteien mochten dieser Argumentation nicht folgen. Bereits in den Beratungen des zuständigen Ausschusses am 15. Dezember 1999 hatten Vertreter der CDU/CSU "eine mangelnde Breite des Ansatzes" kritisiert und in Zweifel gezogen, daß die Bundesregierung "in den Gremien" der geplanten Stiftung "ausreichend unabhängigen Sachverstand" versammelt habe. Aus den genannten Gründen wollte die CDU/CSU-Fraktion zu den Plenarberatungen einen eigenen Antrag vorlegen.¹⁰ Ähnlich wie die Regierungskoalition, die einen Schwerpunkt der avisierten Forschungsförderung in der "Weiterentwicklung von Instrumentarien zur Ursachenanalyse, Konfliktfrüherkennung, Krisenprävention, friedlichen Konfliktbearbeitung sowie zur künftigen Rolle der Streitkräfte, zu Rüstungskontrolle und Abrüstung" sah¹¹, hoben auch CDU/CSU die

⁸ Vgl. die Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Wissenschaft und Technologie, Wolf-Michael Catenhusen, am 20. Januar 2000, Deutscher Bundestag, 14/81, S. 7560B. Mit der Unterscheidung zwischen "Ressortforschung" auf der einen und grundlagenorientierter Friedensforschung auf der anderen Seite wird seitens der Regierungsmehrheit zumeist konnotiert, daß die ersteren sich stärker an den "Verwertungsinteressen" der Auftraggeber ausrichten müssen, während die letzteren bestimmten Kriterien von "Wissenschaftlichkeit" stärker Rechnung tragen können. Wie problematisch solche Unterscheidungen allerdings sind, zeigen die Selbstbeschreibungen der genannten Institute, die in einer einschlägigen Umfrage ausnahmslos "Wissenschaftlichkeit" als zentrales Merkmal ihrer jeweiligen Einrichtung angeben. Martin Thunert, der zu diesen Fragen Daten im Kontext eines umfangreichen Habilitationsprojektes gesammelt hat, hat alle einschlägigen "Ressort-" und "Friedensforschungseinrichtungen" nach ihrer Selbsteinschätzung im Rahmen einer Typologie befragt, die zwischen vier Typen unterscheidet: Akademischer Think Tank; Auftragsforschung, Advokatorischer Think Tank und Partei- / Interessen-Think Tank. Mit einer Ausnahme haben sich alle einschlägigen Einrichtungen in die Kategorie der "Akademischen Think Tanks" eingereiht. Lediglich das Siegburger "Institut für Strategische Analysen" beschrieb sich selbst als Think Tank der "Auftragsforschung". Trotz ihrer teilweise sehr ausgeprägten normativen Ausrichtung auf ein spezifisches Verständnis von Frieden hat sich kein einziges Friedensforschungsinstitut in der Rubrik "Advokatorischer Think Tank" verortet. Vgl. Martin Thunert, Think Tanks als Ressourcen der Politikberatung. Bundesdeutsche Rahmenbedingungen und Perspektiven, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 12. Jg., Heft 3 (September 1999), S. 10-19 sowie ders., Think Tanks in Deutschland – Beratung für die Politik, in: Deutschland, Heft Nr. 3/2000, http://www.publikation_deutschland.de/.

⁹ Catenhusen, a.a.O., S. 7560D.

¹⁰ Vgl. Bericht der Abgeordneten Heinz Schmitt (Berg), Werner Lensing, Hans-Josef Fell, Jürgen W. Möllemann und Maritta Böttcher (als Berichterstatter des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung) vom 15. Dezember 1999, Drs. 14/2419, S.3.

¹¹ Drs. 14/1963 a.a.O., S. 2.

Bedeutung von "Stabilitätstransfer, Krisenvorsorge und Konfliktprävention" hervor.¹² Im Unterschied zur rot-grünen Koalition zogen sie daraus aber andere Schlüsse. Aus ihrer Sicht schien es "geboten, dass Deutschland seine sicherheitspolitischen Ziele und Wege neu definiert, seine Instrumente überprüft und, wo nötig, an die neue Lage anpaßt." Es müsse darum gehen, "eine nationale Gesamtstrategie ressortübergreifend zu entwickeln und dabei in stärkerem Maße auf die Expertise von außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie der Stiftung Wissenschaft und Politik, dem Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zurückzugreifen." Da mit diesen Institutionen "bereits eine gute institutionelle Grundlage" bestehe, "um eine Vertiefung der Friedens- und Konfliktforschung zu ermöglichen", lehnten CDU/CSU die geplante Stiftung als "nicht erforderlich" ab – zumal "die Erhöhung der Mittel zur Förderung der Friedens- und Konfliktforschung (...) im Gegensatz zur rigiden Politik" der Bundesregierung stehe, aufgrund derer die Zuschüsse für SWP und DGAP im Haushaltsjahr 2000 "auf Vorjahresniveau eingefroren" wurden. Statt "den Versuchungen einer einseitigen Klientelpflege" nachzugeben, sollte "mit Blick auf eine nationale Gesamtstrategie Friedens- und Konfliktforschung als Teil des Aufgabenprofils" des neuen, integrierten Berliner Instituts aus SWP und BIOst definiert und die vorgesehenen Mittel dieser Institution übertragen werden. In der Bundestagsdebatte kritisierte der Vertreter CDU/CSU-Vertreter Eckart von Klaeden, daß in der mit möglichen Leitthemen und Förderschwerpunkten beschäftigten "Struktur- und Findungskommission" einer solchen Stiftung "ausschließlich altbekannte Vertreter ein und derselben politischen Schattierung" vertreten seien. Angesichts dessen müsse man "kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß bei so viel Parteilichkeit die wissenschaftliche Unabhängigkeit auf der Strecke bleiben wird."¹³

II.

In den einschlägigen Debatten der betroffenen Wissenschaftsgemeinschaften sowie der politischen Entscheidungsinstanzen sind die Argumente für und gegen eine Deutsche Stiftung Friedensforschung mehr oder weniger offen ausgetauscht worden. Nach der politischen Grundsatzentscheidung des Bundestages geht es in nächster Zukunft vor allem um die exekutive Umsetzung, zu der im wesentlichen der Stiftungsakt als solcher sowie die damit zusammenhängenden Implementierungsschritte gehören. Ein Scheitern des Projekts ist zwar noch nicht gänzlich ausgeschlossen, die meisten der am Entscheidungsprozeß Beteiligten sind jedoch optimistisch, daß in den kommenden Monaten alle wesentlichen Hürden gemeistert werden. Folgende Entscheidungen stehen an:

¹² Alle folgenden Zitate aus "Vorbereitung auf neue Herausforderungen an Deutschlands Sicherheitspolitik - Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung als Teil der politikberatenden Forschung" (Antrag der Fraktion der CDU/CSU), Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drs. 14/2521, 18.1.2000, S. 1-2; zur Ablehnung dieses Antrags in der späteren Abstimmung vgl. Protokoll 14/81, S. 7563A.

¹³ DB, 14/81, S. 7555D-7556B. Eine ähnliche Kritik trugen (teils offen, teils verdeckt) auch Vertreter von SWP oder DGAP vor; vgl. die auf Interviews und Hintergrundinformationen beruhenden Berichte von Hartmut Kistenfeger, "Stiftung Frieden für Rot-Grün. Wissenschaftler befürchten einen 50 Mio. Mark teuren 'Selbstbedienungsladen' für Friedensforscher", in: "Focus", 52/1999; sowie Eckart Lohse, Bonbon für die Grünen? Stiftungen und Parteien streiten über die Friedensforschung, in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.1.2000; vgl. ferner diverse Aufsätze in der Zeitschrift "anti militarismus information" unter <http://userpage.fu-berlin.de/~ami/extra/stiftung/>.

1. Der Stiftungsakt kann erst vorgenommen werden, nachdem der Bundestag die entsprechenden Haushaltsmittel freigegeben hat. Dies ist derzeit noch nicht der Fall; ein angeforderter Bericht des Bundesrechnungshofes lag bereits vor der Sommerpause vor und wurde zwischenzeitlich mit einer entsprechenden Kommentierung durch das zuständige Ministerium für Bildung und Forschung an den Haushaltsausschuß weitergeleitet, kann dort aber frühestens am 12. Oktober behandelt werden.¹⁴ Andeutungen von am Entscheidungsprozeß Beteiligten läßt sich entnehmen, daß der Stiftungsakt vermutlich unmittelbar nach der Entsperrung der vorgesehenen Mittel Mitte Oktober erfolgt. In jedem Fall müssen alle mit dem Stiftungsakt einhergehenden Schritte bis spätestens 12. Dezember 2000 abgeschlossen sein, da zu diesem Zeitpunkt das laufende Haushaltsjahr zu Ende geht und der vorgesehene erste Teilbetrag von 20 Mio. DM überwiesen sein muß. (In den beiden darauf folgenden Jahren sollen jeweils weitere 15 Mio. bereit gestellt werden.)

2. Die personelle Besetzung der Stiftungsgremien stellt einen weiteren wichtigen Schritt zur Etablierung der Stiftung dar. Laut Bundestagsbeschluß sollen dem Stiftungsrat "Vertreter des Bundestages, der Bundesregierung und renommierte Friedensforscher angehören". Die Anteile dieser drei Gruppen sind zwar noch nicht offiziell festgelegt, der Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Wolf-Michael Catenhusen, hat aber durchblicken lassen, daß dem Ministerium eine Besetzung der 15 Sitze des Stiftungsrates im Verhältnis 3:4:8 (Legislative, Exekutive und Wissenschaft) vorschwebt. Demnach würden die Wissenschaftler die Mehrheit stellen. Auf der Jahrestagung 2000 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) sprach Catenhusen von je einem Abgeordneten der SPD, von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen, je einem Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums der Verteidigung sowie acht Wissenschaftlern, von denen einer die DFG vertritt.¹⁵ Bedenken des Bundesfinanzministeriums, für das bislang kein Platz im Stiftungsrat vorgesehen war, könnten diese Zusammensetzung allerdings nochmals in Frage stellen; bliebe die Gesamtzahl von 15 Stiftungsratsmitgliedern konstant und würde das Prinzip der Mehrheit der Wissenschaftler beibehalten, müßte für einen Vertreter des Eichel-Ministeriums ein anderes Ministerium oder ein Abgeordneter (in diesem Fall wohl die Vertreterin von Bündnis 90/Die Grünen) weichen. Mit Blick auf die Intentionen der Initiatoren des Stiftungsprojektes, die sich ursprünglich sehr stark am Vorbild des "United States Institute of Peace" orientiert hatten, wäre ein 5:2-Übergewicht der Exekutive im Verhältnis zur Legislative jedoch alles andere als wünschenswert.¹⁶

3. Eine schwierige Entscheidung steht der Ministerin auch hinsichtlich der Besetzung des Stiftungsrates mit und Wissenschaftlern bevor. Das Feld derer, die sich selbst zum Kreis jener "renommierten Friedensforscher" rechnen oder von anderen dazu gezählt werden, ist in jedem Fall größer als die Zahl der verfügbaren sieben Sitze. Da einer der acht Wissenschaftler-Sitze von Seiten der DFG besetzt wird, steht zu vermuten, daß die Ministerin auf diese Personalentscheidung nur

¹⁴ Der Bundesrechnungshof untersuchte unter anderem, inwieweit die Bereitstellung von Fördermitteln für Forschungszwecke durch den Bund die Kulturhoheit der Länder tangieren könnte. Ein politisches Anliegen des Bundesrechnungshofes besteht angeblich darin, die Expansion des Bundes in die Forschungsförderung zurückzuschneiden.

¹⁵ Vgl. Stefan Gose, AFK-Jahrestagung 2000: Geld am Ende des Tunnels? In: "antimilitarismus information", 3/2000, S.37 ff, insbes. Anm. 4 (auch verfügbar unter http://userpage.fu-berlin.de/~ami/ausgaben/2000/3-00_7.htm).

¹⁶ Zu Struktur und Funktionsweise des "United States Institute of Peace" (USIP), in dem der US-amerikanische Kongreß ein wesentliches Mitspracherecht hat, vgl. <http://www.usip.org/aboutusip.html>.

begrenzten Einfluß hat. Dies gilt selbst dann, wenn man den Definitionsvorschlag ablehnt, den Michael Stürmer, der frühere Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, in einer Art "feindlicher Übernahme" in einem "Initiativgutachten" im Auftrag des Ministeriums unterbreitet hat. Stürmer zufolge ist "die Zukunft" der Friedens- und Konfliktforschung klar vorgezeichnet: "Diese Zukunft in Wirksamkeit wird es entweder nicht geben, oder sie wird sich im Rahmen der nationalen und internationalen strategic community entwickeln", wobei dem Autor offensichtlich "die realistische Schule" als Orientierungspunkt dieser "strategic community" dient. Im Unterschied zur Friedens- und Konfliktforschung, die "mit ihrem überschießenden Idealismus, ihrer Praxisscheu und ihrer Theorielastigkeit" immer eher "akademischer Kirchentag" als "nüchterne" Forschung darstellte, habe sich nämlich der Realismus "als intellektuell überlegen und politisch erfolgreich erwiesen."¹⁷

Da sich das kaum mit dem Verständnis von Friedensforschung in Einklang bringen läßt, dem sich das Ministerium verpflichtet fühlt,¹⁸ dürfte der Kreis potentieller Kandidaten sicherlich enger gezogen werden. Leicht fallen wird es dennoch nicht, zu einer ausgewogenen und alle interessierten Kreise befriedigenden Lösung zu kommen. Abgesehen von möglichen politischen bzw. persönlichen Präferenzen der Ministerin liegt dies vor allem daran, daß nicht feststeht, wo die Trennlinien zwischen Friedens- und Konfliktforschung und möglichen anderen Forschungs- oder Wissenschaftsgemeinschaften verlaufen sollen. Seitens der Friedens- und Konfliktforschung ist beispielsweise nach wie vor strittig, ob es sich hier um eine eigene Wissenschaft ("Friedenswissenschaft"), einen "interdisziplinären Wissenschaftszweig" oder um eine "fächerübergreifende interdisziplinäre Fragestellung" handelt.¹⁹ Ungeklärt ist zudem, wie jene Forschergemeinden zu bezeichnen sind, die jenseits der Grenze der Friedens- und Konfliktforschung liegen, und wie sich die Friedens- und Konfliktforschung zu ihnen verhält. Neben der von Stürmer angesprochenen "strategic community" rangieren hier je nach typologischer Präferenz die "Ressortforschung", die "außen- und sicherheitspolitische Forschung" oder etwa die politikwissenschaftliche Teildisziplin der "Internationalen Beziehungen".²⁰ Wie immer die Grenze

¹⁷ Michael Stürmer, "Initiativgutachten zur Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung", erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Herbst 1999, S.1, 3 und 4 (Hervorhebung im Original).

¹⁸ "Friedensforschung (wird verstanden) als Forschung für die Opfer von Gewalt, Krieg, Terror, Unterdrückung, Ausbeutung, aber auch als Beratung und Hilfe für die Entscheidungsträger und politisch Verantwortlichen." Das Ministerium "begreift ferner Friedensforschung als Teil ihrer Vorsorge- und Präventionspolitik, ausgerichtet auf die Verhütung von Gewalt, insbesondere von Kriegen, sei es als Ursachenbeseitigung, sei es als Eskalationsprävention". So das Bildungsministerium in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der PDS-Fraktion, hier zit. nach Markus Euskirchen, Deutsche Stiftung für Friedensforschung. Gründung mit Tücken, in: "antimilitarismus information", 1/2000, S.33, , auch verfügbar unter http://userpage.fu-berlin.de/~ami/ausgaben/2000/1-00_6.htm .

¹⁹ Zur Diskussion unterschiedlicher Verständnisse von "Friedenswissenschaft" vgl. Ulrich Albrecht, Initiativgutachten zur Friedens- und Konfliktforschung, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Herbst 1999. Von Friedensforschung als "interdisziplinärem Wissenschaftszweig" bzw. einer "interdisziplinären Fragestellung" spricht die Stellungnahme der Senatskommission der DFG, a.a.O., S. 10. Vgl. auch Ernst-Otto Czempel, Regine Mehl, Die institutionelle Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik seit 1990 - ein Überblick, in: "AFB-Info", 1/1996, S. 4, wo Czempel und Mehl feststellen, daß es sich "als sehr fruchtbar erwiesen (hat), die Friedens- und Konfliktforschung nicht als neue Disziplin mit eigenem Gegenstand und eigener Methodologie anzusehen, sondern als fächerübergreifende Fragestellung, die nur komplementär bearbeitet werden kann."

²⁰ Zum Verhältnis zwischen Friedensforschung und Internationalen Beziehungen vgl. die sehr aufschlußreichen empirischen Untersuchungen bei Wolf-Dieter Eberwein, Barbara Hörsch, Beziehungsprobleme: Zum Verhältnis von

gezogen werden mag, das Kernproblem besteht stets darin, daß der zentrale Gegenstand der Friedens- und Konfliktforschung, der Frieden nämlich, auch in diesen Forschergemeinden eine bedeutende Rolle spielt; insofern ist das häufig bemühte "normative Interesse am Frieden" ein sowohl unscharfes wie unglückliches Unterscheidungskriterium, denn gegen "den Frieden" ist bekanntlich niemand.²¹

4. Eine weitere wichtige Aufgabe, die im Laufe der nächsten Monate im Zuge der anstehenden Personalentscheidungen sowie der Konstituierung der jeweiligen Gremien der Klärung bedarf, besteht darin, eine Einigung über die Schwerpunkte der Fördermaßnahmen der Stiftung herbeizuführen und darüber zu befinden, nach welchen Kriterien Entscheidungen zur Mittelvergabe getroffen werden. Bezüglich der Förderschwerpunkte liegen seit Januar Empfehlungen vor, die die "Struktur- und Findungskommission zur Friedensforschung" auf Vorschlag eines "Redaktionsausschusses" formuliert hat.²² Nach dessen Vorstellungen steht der "Umgang mit gefährlichen Konflikten" während der ersten Jahre als Leitthema im Vordergrund, wobei insbesondere an drei "Förderschwerpunkte" gedacht ist: "(I) Dynamik gefährlicher Konflikte; (II) Einmischung Dritter in gefährlichen Konflikten und (III) Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte".²³ Eine "Öffnungsklausel" soll darüber hinaus die Förderung "besonders qualifizierter Vorhaben" ermöglichen. Für den Stiftungsrat sind diese Empfehlungen allerdings nicht bindend. Angesichts des Bundestagsbeschlusses kommt dieses Gremium jedoch kaum umhin, die von der Strukturkommission entwickelten Kriterien zur Vergabe der verfügbaren Mittel zu berücksichtigen. Demnach soll der jeweiligen "thematischen Festlegung" eine "hohe aktuelle politische Bedeutung" zukommen, sie soll "einen erkennbaren hohen Stellenwert im Gesamtspektrum der Friedens- und Konfliktforschung" einnehmen und schließlich "eine Förderlücke in der öffentlichen Forschungsförderung" schließen. Zur "Methodik" empfiehlt die Kommission, die jeweiligen Themen "multi- bzw. transdisziplinär" zu bearbeiten, dem wissenschaftlichen Nachwuchs Qualifizierungsmöglichkeiten zu eröffnen, zur "Konsolidierung von Wissensbeständen" beizutragen, die "Vernetzung nationaler und internationaler Forschungsaktivitäten (...) zu erlauben und zu fördern" sowie "multiperspektivisch und auf Methodenvielfalt ausgelegt" zu sein.²⁴

Wissenschaft und Politik, in: Erhard Forndran, Hans-Dieter Lemke (Hrsg.), Sicherheitspolitik für Europa zwischen Konsens und Konflikt. Analysen und Optionen, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1995, S. 345-369. Interessant ist auch, wie sich Friedensforscher, die zugleich Mitglied der Fachvereinigung der deutschen Politikwissenschaft (DVPW) sind, in der dortigen Klassifizierung von Forschungsbereichen selbst verorten. Von Ausnahmen abgesehen, ordnen sich die meisten nicht der eigentlich naheliegenden Kategorien "Sicherheit und Frieden" oder "Internationale Konflikte und Konfliktregulierung", sondern der Kategorie "Internationale Politik und Außenpolitik" zu; vgl. Mitgliederverzeichnis der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 2000-2001, Münster: Lit-Verlag 2000, S. 142-144.

²¹ Die Schwierigkeiten dieser Grenzziehung zeigen sich auch darin, daß viele davor zurückschrecken, sie klar zu markieren; vgl. hierzu die weiteren Hinweise auf der eingangs genannten homepage (Anm. 1).

²² Diesem Ausschuß gehören Horst Fischer (Bochum), Dieter S. Lutz (Hamburg), Volker Rittberger (Tübingen) und Eva Senghaas-Knobloch (Bremen) an. Das Papier ist verfügbar unter <http://userpage.fu-berlin.de/~ami/extra/stiftung/leitthema.htm>.

²³ Vgl. "Empfehlungen der Struktur- und Findungskommission", S. 5-6.

²⁴ "Empfehlungen", S. 5.

Solche Formulierungen bieten sicherlich keinerlei Anlaß für Befürchtungen, hier werde "mit Steuergeldern ein ideologischer Biotop geschaffen".²⁵ Da die Friedens- und Konfliktforschung in bestimmten Kreisen aber immer noch im Ruf steht, in erster Linie "auf allgemeine Weltverbesserung" abzielen,²⁶ wird es, wie der Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Völkerrechtler Rüdiger Wolfrum, in seinem Initiativgutachten formuliert, wichtig sein, mittels entsprechender institutioneller Vorkehrungen sowie Qualitätskriterien in der Forschungsförderung dem "Verdacht" vorzubeugen, "nicht mit den anderen Wissenschaften um Fördermittel konkurrenzfähig zu sein."²⁷ Welche Qualitätskriterien letzten Endes zur Anwendung kommen, bleibt dem Stiftungsrat vorbehalten. In der Tendenz scheinen sich jedoch Bundesregierung und Wissenschaftler darin einig zu sein, die vergleichsweise strengen Qualitätskriterien der DFG als Richtschnur zu nehmen.²⁸

5. Mittelfristig wird es schließlich eine wichtige Aufgabe sein, darüber nachzudenken, wie der gewünschte "zeitnahe und effiziente Transfers der Ergebnisse (...) zu den politischen Entscheidungsträgern" zu organisieren ist. Die Forschungen der letzten Jahrzehnte zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis haben zweifelsfrei ergeben, daß es sich hierbei um ein höchst komplexes und schwieriges Verhältnis handelt.²⁹ Die Anforderungen, die beide Parteien jeweils an sich selbst und das Gegenüber richten, lassen es als eine allzu simple Sichtweise erscheinen, daß wir es mit einem politischen Akteur zu tun haben, der wissenschaftliche Ergebnisse "abfragt", die die Wissenschaft "zur Verfügung stellt". Dem früheren Staatssekretär im Auswärtigen Amt Hans-Friedrich von Ploetz zufolge muß eine "wissenschaftliche Informationsdienstleistung" "fundiert, aktuell, praxisnah und politisch durchsetzbar sein".³⁰ Diesen Bedürfnissen werden vielleicht die praxisnahen Politikberater gerecht werden können, die im Umfeld von Politikern arbeiten ("Ressortforschung"), nur in den seltensten Fällen aber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die breiter angelegte Grundlagenforschung betreiben sollen. Die Vorstellung von Politikberatung als einem marktähnlichen, nach Prinzip von Angebot (Wissenschaft) und Nachfrage (Praxis) funktionierenden Mechanismus ist schon deshalb unangemessen, weil das, was die Wissenschaft als Wissenschaft offeriert, von der Praxis nur selten nachgefragt wird, wie umgekehrt das, was die

²⁵ So der Vorwurf des CDU-Abgeordneten Eckart von Klaeden; vgl. Protokoll 14/81, S.7555A.

²⁶ Stürmer, a.a.O., S. 8.

²⁷ Rüdiger Wolfrum, Initiativgutachten zur Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung, erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 1999, S. 36.

²⁸ Vgl. hierzu entsprechenden Äußerungen von Staatssekretär Catenhusen in der Bundestagsdebatte am 20.1.2000, S. 7560C.

²⁹ Unter der neueren Literatur aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen vgl. hierzu vor allem Alexander George, *Bridging the Gap. Theory and Practice in Foreign Policy*, Washington, D.C.: (United States Institute of Peace) 1994 sowie die Debatte zu diesem Buch in: "Mershon International Studies Review", 1/1994, S.171-181; Michael Girard, Wolf-Dieter Eberwein (Hg.), *Theory and Practice in Foreign Policy Making. National Perspectives on Academics and Professionals in International Relations*, London 1994; sowie neuerdings sieben aufschlußreiche Beiträge amerikanischer Politikwissenschaftler über den Wert ihrer Forschung vor dem Hintergrund bestimmter Rechtfertigungsansprüche des US-Kongresses: Symposium, *The Public Value of Political Research*, in: "PS: Political Science and Politics", 1/2000, S.7-64.

³⁰ Hans-Friedrich von Ploetz, *Der auswärtige Dienst vor neuen Herausforderungen*, in: Karl Kaiser und Wolf-Dieter Eberwein (Hg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*, Band 4: Institutionen und Ressourcen, München 1998, S.70.

Praxis aufgrund eines bestimmten Problem- und Handlungsdrucks nachfragt, nur selten im Angebotspektrum der Wissenschaft zur Verfügung steht.³¹ Das Bundestagsmandat zur Errichtung der Friedensstiftung bietet daher auch eine Chance, über neue effiziente und effektive Formen des institutionalisierten Dialogs nachzudenken. Allerdings stehen diverse Hürden im Wege: Der Praxis verlangen sie die Bereitschaft und Fähigkeit ab, sich auf wissenschaftliche Gesprächspartner zumindest einzulassen, der Wissenschaft ist aufgegeben, Übersetzungsleistungen zu erbringen, die den Entscheidungsträgern schwierige Dinge verständlich präsentieren.³² Beides wird um so eher gelingen, je mehr beide Seiten den klugen Rat des früheren Bundespräsidenten Herzog beherzigen und "der Philosophie des Pragmatismus" folgen: Diese Philosophie, so Herzog, "begreift das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, von Theorie und Praxis als gegenseitigen Lernprozeß". Dabei gehe es allerdings nicht nur darum, daß "die Praxis (...) ständig neue Fragen stellt" und "die Theorie (...) Lösungsalternativen anbietet".³³ Vielmehr sei der Lernprozeß so zu gestalten, daß durch neue Formen des Dialogs das Verständnis für den Wissens- und Handlungskontext der jeweils anderen Seite wächst und der Austausch von Problembeschreibungen und Lösungsalternativen als ein wechselseitiger organisiert wird.³⁴

³¹ Vgl. hierzu auch die einschlägigen Erfahrungen aus institutionalisierten Dialogen zwischen Wissenschaft und Praxis im Bereich der deutschen Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik bei Eberwein/Hörsch, a.a.O.. Auf diesen Aspekt weisen auch zahlreiche Gutachter hin, die eines der vom Ministerium in Auftrag gegebenen Initiativgutachten verfaßt haben.

³² Daß auch renommierte Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler dazu fähig sind, belegen vor allem in den USA die Karrieren der beiden Harvard-Professoren Samuel Huntington oder Joseph Nye, die unterschiedlichen Administrationen gedient haben. Der amerikanische Präsidentschaftskandidat, George Bush, lobte vor kurzem seine außenpolitische Beraterin, Condoleezza Rice, mit folgenden Worten: sie erläutere "außenpolitische Angelegenheiten auf eine Weise (...), die ich verstehe". Auch Rice hat eine erfolgreiche Karriere als Professorin der Internationalen Beziehungen hinter sich, vgl. Leo Wieland, Eine "Presbyterianerin mit Hochschulabschluß" als außenpolitische Beraterin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. August 2000, S. 2. Vgl. auch die Aussagen von Bundeskanzler Schröder, der außen- wie friedenspolitischer Beratung skeptisch gegenüber steht, Markus Wehner, "Was brauche ich die, ich habe doch den Steiner". Politikberatung im Rückwärtsgang, Umzug und Fusion der SWP verschoben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. August 1999, S. 3. Vgl. ferner die folgende Interviewäußerung Schröders aus dem Jahre 1991: "Meine analytischen Fähigkeiten sind begrenzt. Ich bin niemand, der ein Problem kühl und präzise in seine Komponenten zerlegt. Aber ich kann sehr schnell die Schwächen und Stärken einer Konzeption erkennen, sehe schnell den Kern eines Problems und finde die Lösung eher emotional. Mein Führungsstil sieht so aus, daß die Leute mir erklären müssen, worum es geht – und wenn sie es mir nicht erklären können, dann ist die Entscheidung, die getroffen werden soll, mutmaßlich falsch. Insofern bin ich ein emotionaler Mensch." Herlinde Koelbl, Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Eine Langzeitstudie, München: Knesbeck 1999, S. 391.

³³ "Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik". Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog vor der Stiftung Wissenschaft und Politik am 13. März 1996 in Ebenhausen, in: Bulletin, Nr. 27 (3. April 1996), S. 269.

³⁴ Zum modernen Verständnis sowie zur Einschlägigkeit des amerikanischen Pragmatismus in diesem Zusammenhang vgl. Hans Joas, Pragmatismus und Gesellschaftstheorie, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992, ders., Die Kreativität des Handelns, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992; eine sehr gute Auswahl klassischer Texte liefert Louis Menand, (Hrsg.), Pragmatism. A Reader, New York: Vintage Books 1997. In der stärker philosophischen Diskussion sind einschlägig Richard Rorty, Contingency, Irony, and Solidarity, Cambridge: Cambridge University Press 1989; ders., Truth and Progress. Philosophical Papers, Cambridge: Cambridge University Press 1998; Hilary Putnam, Pragmatism. An Open Question, Oxford: Blackwell 1995 sowie neuerdings Jürgen Habermas, Wahrheit und Rechtfertigung. Philosophische Aufsätze, Frankfurt 1999. Zur Bedeutung dieser Debatten unter Bezug auf die Arbeiten von Niklas Luhmann vgl. auch André Brodocz, Thomas Noetzel, Auf dem Wege zu einer konstruktivistischen Politikberatung, in: Zeitschrift für systemische Therapie, 16. Jg., Heft 2 (April 1998), S. 98-108.

Wie gesagt, das ist leichter gesagt als getan, aber wenn die Friedensforschung einen solchen praktischen Beitrag leisten soll, wird es unumgänglich sein, neue Formen eines solchen beiderseitigen Wissenstransfers zu organisieren.